

Das Establishment und sein Geld

Warum sich die Schere zwischen Arm und Reich nun noch mehr spreizt

von Thorsten Polleit

Thorsten Polleit, Jahrgang 1967, ist Chefvolkswirt der Degussa sowie Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth. Seine Website: thorsten-polleit.com.

Die Einkommens- und Vermögensverteilung in den Vereinigten Staaten von Amerika fällt sehr ungleich aus. Das für sich genommen ist nicht anstößig. Auffällig ist jedoch, dass die Schere zwischen Arm und Reich seit Jahrzehnten immer größer geworden ist. So besaßen 2019 50 Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung nur sechs Prozent des gesamten Nettovermögens, 40 Prozent besaßen 30 Prozent, neun Prozent besaßen 35 Prozent, und ein Prozent nannte 29 Prozent sein Eigen. Zur Erklärung dieser Vermögenskonzentration bei den wenigen kann man darauf verweisen, dass seit Ende der 1980er Jahre sich die durchschnittlichen Haushaltseinkommen zusehends abgekoppelt haben von der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung. Zwar sind die Einkommen für alle gestiegen, für Arm wie für Reich, aber die Reichen sind sehr viel reicher geworden als die „Armen“.

Ein Grund dafür ist die Geldpolitik der US-amerikanischen Zentralbank (Fed). In den letzten drei Jahrzehnten hat sie – mit Beginn der „Greenspan-Ära“ im August 1987 – für eine fulminante Vermögenspreis-inflation gesorgt. Das Ausweiten der Geldmenge zu immer niedrigeren Zinsen hat die Preise für Bestands-güter wie Aktien, Grundstücke und Häuser in die Höhe getrieben, während die Inflation der Konsumgüterpreise relativ gezähmt blieb. Und weil den Menschen fortwährend eingetrichtert wird, dass Inflation als Anstieg der Preise für Verbrauchsgüter zu bemessen sei, konnte die Fed – wie übrigens auch viele andere Zentralbanken der Welt – die Vermögenspreis-inflation ohne großen öffentlichen Widerstand betreiben. Die Folge: Die Vermögenden, deren Güter sich verteuerten, wurden reicher. Entsprechend hatten diejenigen, die über keine solchen Vermögensbestände verfügten, das Nachsehen.

Doch damit nicht genug. Eine Geldpolitik, die per Kreditvergabe die Geldmenge ausweitet, verursacht bekanntlich auch Finanz- und Wirtschaftskrisen. Um im Krisenfall den drohenden Systemkollaps abzuwehren, pumpen die Zentralbanken noch mehr Kredit und Geld zu noch niedrigeren Zinsen in die Wirtschaft. Davon profitieren wieder die machtvollen Sonderinteressengruppen: Dazu zählen neben dem „tiefen Staat“ (oder gleich im Original: „Deep State“) vor allem auch „Wall Street“ und „Big Business“, das

„Establishment“ eben, das den Staat für seine eigenen Zwecke einzuspannen weiß. Sie alle sind regelmäßig die großen Profiteure der inflationären „Rettungspolitiken“: Als Erstempfänger des neu geschaffenen Geldes können sie als Erste die begehrten Güter kaufen, bevor es anderen möglich ist. Dadurch werden sie reicher auf Kosten der übrigen.

Wie interpretiert das Establishment die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit? In bester demagogischer Manier macht es den ungefesselten Kapitalismus für die Missstände verantwortlich. Das System der freien Märkte, so verkünden seine Repräsentanten medienwirksam, sei für die wiederkehrenden Krisen verantwortlich. Doch das ist ein Etikettenschwindel: Die Ursachen der Krise sollen dem „Kapitalismus“ angelastet werden, obwohl sie einem System entspringen, das gar kein Kapitalismus ist, das vielmehr einen „falschen Kapitalismus“, einen korrumpierten Kapitalismus repräsentiert und das, bei aufrichtiger Beurteilung, als „staatsinterventionistisches System“ bezeichnet werden muss. Die Zentralbank wird dabei als „Retter in der Not“ hochstilisiert. Dass sie die Ursache der Krise ist, wird geflissentlich verschwiegen.

Genau dieses System wird jetzt, im Zuge der Coronavirus-Krise, weiter ausgebaut. Und wieder – wie kann es anders sein – gewinnt das System auf Kosten der breiten Öffentlichkeit. Man „bekämpft“ die Folgen, die der politisch diktierte „Lockdown“ verursacht, mit neuen Schulden und Geldmengenausweitung. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass die Ersparnis der breiten Bevölkerung aufgezehrt und die Kaufkraft des Geldes herabgesetzt wird. Unternehmen und Private werden durch „Hilfskredite“ stärker denn je in die Schuldknechtschaft getrieben. Banken und Hedgefonds gesunden, indem sie ihre schlechten Kreditpapiere bei der Zentralbank abladen dürfen und dafür neues Geld bekommen, das sie verleihen oder für den Erwerb von Vermögensbeständen einsetzen können. Großunternehmen erhalten neue Kredite zu günstigsten Konditionen und gehen damit auf Einkaufstour. Die großen Firmen schlucken die kleinen, es kommt zu einer „Zentralisation von Kapital“ als Folge des falschen Kapitalismus.

Die Profiteure des Systems arbeiten aktiv daran, den Kapitalismus als Feindbild zu kultivieren. So meint bei-

Der Investor, der nicht mit einer baldigen Entmachtung des Establishments und seiner US-Zentralbank rechnet, hat folglich Gründe, sein Geld US-Unternehmen anzuvertrauen.

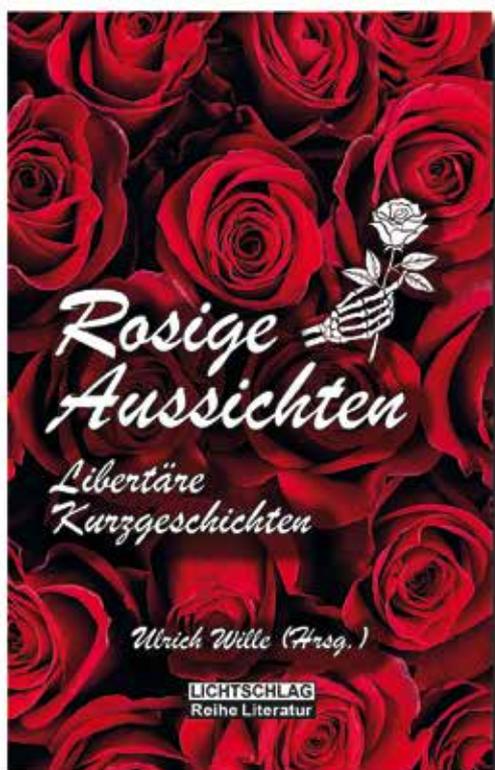
spielsweise selbst Star-Investor Warren E. Buffett, der Kapitalismus Sorge für Exzesse und hänge viele Menschen ab. Der Kapitalismus müsse daher – wenn auch nicht abgeschafft, so doch – gezähmt werden durch staatliche Regulierung. Wengleich auch die Unterstötzer dieser Sichtweise gebetsmühlenartig beteuern, der Sozialismus sei nicht die Lösung, so ist doch nicht zu übersehen, dass der Marsch weiter in Richtung Staatsinterventionismus, immer weiter weg vom Kapitalismus vorangetrieben wird. Das macht die „oligarchisierte Machtelite“, die sich in den USA mit ihrem Zweiparteiensystem felsenfest etabliert hat, noch mächtiger. Und wie mächtig dieser Gegner immer noch ist, bekommt US-Präsident Donald J. Trump, angetreten, um gegen den tiefen Staat vorzugehen, tagtäglich zu spüren.

Die Entmachtung des Establishments wird nur gelingen, wenn ihm der Geldhahn abgedreht wird und es die

Hoheit über die Geldmenge verliert. Solange das nicht geschieht – und Präsident Trump hat sich in seiner ersten Amtszeit auffällig zurückhaltend in dieser Richtung gezeigt –, sorgt das Establishment dafür, dass die US-Geldpolitik die Vermögensbestände inflationiert und Einkommen und Vermögen von unten nach oben umverteilt. Diese Geldpolitik ist auch ein wichtiger Grund, warum die Rendite, die sich am US-Aktienmarkt in den letzten knapp drei Jahrzehnten erzielen ließ, weitaus höher lag als die Rendite auf den Aktienmärkten in Europa und Japan. Der Investor, der nicht mit einer baldigen Entmachtung des Establishments und seiner US-Zentralbank rechnet, hat folglich Gründe, sein Geld US-Unternehmen anzuvertrauen. Um zu klären, ob es auch gute Gründe sind, sollte er zuvor sein Gewissen befragen. Denn wie schon Thomas von Aquin (1225–1274) sagte: „Alles, was gegen das Gewissen geschieht, ist Sünde.“ ○

Anzeige

LICHTSCHLAG Reihe Literatur



Ulrich Wille (Hrsg.):
Rosige Aussichten

Libertäre
Kurzgeschichten

Lichtschlag 55

Lichtschlag Buchverlag,
Grevenbroich

Paperback
12 x 19 cm
152 Seiten

ISBN:
978-3-939562-96-2
16,90 Euro

Ebook ISBN:
978-3-939562-97-9
6,99 Euro

Vertrieb:
Lichtschlag Medien und
Werbung KG
Dorfstr. 61
40667 Meerbusch

Tel.: 0 21 32 / 914 39 75
Email: info@
lichtschlag-buchverlag.de

Alina Schippel: Explosive Stimmung. Wolle reist durch einen Riss im Raum-Zeit-Kontinuum 60 Jahre in die Zukunft. Sein Freund H-Man hat sich sehr verändert. Sonst hat alles den erwartbaren Gang zum Schlimmeren genommen. Also liegt es an ihm, die Welt zu retten...

Frank W. Haubold: Fluchtpunkt Kalyros. Martin lässt sich auf ein ungewöhnliches Abenteuer ein: Er wandert auf die griechische Insel Kalyros aus, die seit ihrem Verkauf an mysteriöse „private Investoren“ ein libertäres Projekt sein soll, über das in der Öffentlichkeit freilich kaum etwas bekannt ist. Was für ein Wagnis Martin mit seiner Flucht auf die Insel eingegangen ist, wird ihm erst allmählich klar...

Harald Franz: Die Schlange von Ceiba. Erik ist ein Mainstream-liberaler Yuppie aus gutem Hause, seine Freundin Zoe eine glühende Sozialistin. Sie hat ihn zu einem Ausflug in ihr Traumland Kuba überredet, wo die beiden die „Errungenschaften“ des Sozialismus bewundern dürfen. Bis sie an einer einsamen Tankstelle auf einen seltsamen alten Mann treffen, der sie in eine ganz andere Welt entführt...

Helge Pahl: Leewer duad ùs slaav. 1890: Die Insel Helgoland geht im Tausch gegen Wituland an das Deutsche Reich. Um einem Trick der Briten zuvorzukommen, baut Reichskanzler Caprivi eine Zusatzklausel in den Vertrag ein... 2024: Deutschland leidet unter den Auswirkungen der Großen Rezession... Mit seiner libertären Sezessionsphantasie gewann Helge Pahl den Libertären Literaturpreis 2020.

Jan Reindl: Resilienz. Er ist nur ein Späher, ein kleines Zahnrad in der großen Maschine. Wichtig ist allein seine Mission: „Aussätzige“ aufzuspüren und zu „assimilieren“. Aber ein Einsatz geht schief... Mit seiner totalitären Dystopie, die Raum für Hoffnung lässt, überzeugte Jan Reindl die Jury: Libertärer Literaturpreis 2020 auch für „Resilienz“.